

Termine

Ausstellungen

Fotoausstellung „Zauber der Natur“, 8.15 bis 12.00, Rathaus, Mühlenstr. 2.
Peter August Böckstiegel – Neue Anfänge 1919/1945, 12.00 bis 18.00, Museum Peter August Böckstiegel, Schloßstr. 111.

Büchereien

Stadtbibliothek, 10.00 bis 12.00, 15.00 bis 18.00, Schloßstr. 36.

Gesundheit

Corona-Testzentrum, ehemaliges H.-W.-Meyer-Verwaltungsgebäude, 15.00 bis 18.00, Engerstr. 12.

Kirchen

Bibelwoche, 19.30, Jugendheim Langenheide, Langenheider Str. 34.

Speziell für Ältere

Gedächtnistraining und Bewegungsübungen, 15.00 bis 16.15, Haus Tiefenstraße.
Andacht, 16.15 bis 16.30, Haus Tiefenstraße, Tiefenstr. 5.

Speziell für Jugend

Jugendhaus Funtastic, Kontakt über WhatsApp, Facebook, Instagram; Spieleausleihe unter Tel. (05203) 57 10.

Speziell für Kinder

„Schmökern im Pölder“, Anmeldung unter Tel. (05203) 88 45 01, 18.30 bis 20.00, Stadtbibliothek, Schloßstr. 36.

Bürgerservice

Rathaus, 8.15 bis 12.00, Mühlenstr. 2.
Einwohnerservice, 8.15 bis 13.00, Mühlenstr. 2.

Sonstige Notdienste

Ärztlicher Notdienst, Tel. 116 117.
Zahnärztlicher Notdienst, Tel. 01805 98 67 00.
Apotheken-Notdienst, Tel. 0800 002 28 33 oder www.akwl.de.

Beratung

Hospiz- und Trauerbegleitung, Tel. 0151 53 58 91 26.

Impfaktion am 12. November

■ **Werther.** Das mobile Impf-Team des Kreises Gütersloh macht am Samstag, 12. November, erneut Station in Werther. An der Engerstraße 12, im ehemaligen H.-W.-Meyer-Verwaltungsgebäude, können sich Bürgerinnen und Bürger in der Zeit von 13 bis 16 Uhr impfen lassen. Der Kreis Gütersloh und die Stadt Werther ermöglichen es allen Interessierten, sich ohne Terminvergabe ihre Erst-, Zweit- oder Auffrischungsimpfung zu holen. Beim mobilen Impfteam können sich auch Kinder und Jugendliche von zwölf bis 15 Jahren impfen lassen. In dieser Altersgruppe muss aber ein Erziehungsberechtigter mitkommen. Kinder unter zwölf Jahren werden mobil nicht geimpft.

Weniger Arbeitslose

■ **Werther.** 243 Menschen waren in Werther Ende Oktober offiziell erwerbslos gemeldet. Das sind sechs weniger als noch einen Monat zuvor, was einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 2,4 Prozent bedeutet. Vor einem Jahr waren allerdings nur 207 Menschen in Werther ohne Job. Seither ist die Arbeitslosigkeit also um gut 17 Prozent angestiegen.

„Wenn schon durch die Krise, dann in Werther“

Im Haushaltsentwurf für 2023 rechnet die Verwaltung der Böckstiegelstadt mit Erträgen von 23,2 und Aufwendungen von 24,8 Millionen Euro. Das Defizit von 1,6 Millionen Euro kann gedeckt werden, indem die Ausgleichsrücklage auf null fällt.

Detlef Hans Serow

■ **Werther.** „Wenn nichts planbar erscheint, ist es wichtig, einen Plan zu haben.“ Gefasst ging Veith Lemmen am Donnerstag mit den vielen Planrisiken um, die den Haushaltsentwurf für 2023 bestimmen. „Solche globalen Krisen und in dieser Häufung haben wir alle noch nicht erlebt im Nachkriegsdeutschland“, betonte der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede. Gewissheiten seien keine mehr, im Rathaus arbeiteten gleich drei Krisenstäbe parallel zu den Themen „Corona“, „Geflüchtete“ und „Energiamengellage“.

1,6 Millionen Defizit

Die Eckdaten des Haushalts referierte Kämmerer Rainer Demoliner. Die Stadt Werther kalkuliert danach für das kommende Jahr mit Erträgen von 23,2, Ausgaben von 24,8 und einem Defizit von 1,6 Millionen Euro. 1,8 Millionen Euro höhere Erträge, 1,3 Millionen Euro höhere Ausgaben und ein um 545.000 Euro geringeres Defizit als im Planansatz für das laufende Jahr. Um das Defizit zu decken, wird die Ausgleichsrücklage von derzeit 576.000 Euro auf null heruntergefahren und es müssen 25.000 Euro aus der Allgemeinen Rücklage entnommen werden.

Hohe Planungsrisiken

„Wir müssen uns den Haushalt vom Kreis Gütersloh genehmigen lassen, weil wir Geld aus der Allgemeinen Rücklage entnehmen wollen“, erläuterte der Bürgermeister. Ob es allerdings dazu komme, sei angesichts der hohen Planungsrisiken derzeit nicht absehbar. „Ich bin Rainer Demoliner und seinem Team dankbar dafür, dass sie den Haushalt sehr konservativ gerechnet haben“, hob Veith Lemmen hervor. Im Klartext heißt das, insbesondere die Einnahmen sind sehr vorsichtig kalkuliert. Die Allgemeine Rücklage bleibe mit 38,5 Millionen Euro trotz der möglichen Entnahme hoch.

Corona und der Krieg

Auch in Werther sorgt allerdings das „Isolieren“ von Kosten durch die Corona-Pandemie und die Kriegsfolgen da-



Bürgermeister Veith Lemmen (links) und Kämmerer Rainer Demoliner präsentierten den Haushaltsentwurf 2023 für Werther. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen blicken sie optimistisch in die Zukunft. Foto: Detlef Hans Serow

für, dass das Defizit deutlich geringer ausfällt, als sonst erforderlich. Das Land NRW erlaubt seinen Kommunen gesetzlich, solche Kosten als Sondererträge in der Bilanz zu verbuchen. Im Klartext werden daraus Schulden, die irgendwann zu bezahlen sind, aber aktuell nicht die Bilanz belasten. Immerhin 759.200 Euro sind das im Haushalt 2023. „Es wird zu klären sein, wie mit solchen Kosten künftig umzugehen ist“, so der Bürgermeister. Werther käme auch ohne diese Möglichkeit „irgendwie klar“. „Es gibt aber in NRW viele Kommunen, die sonst nicht über die Runden kämen.“

Zusammenhalt in der Krise

„Wenn schon durch die Krise, dann in Werther“, erklärte Veith Lemmen und spielte mit dieser Aussage darauf an, dass die Böckstiegelstadt seiner Auffassung nach trotz aller Risi-

ken und der Krisenlagen vergleichsweise gut dasteht. Die Welt werde immer wilder und drehe sich immer schneller, aber in Werther sei der Zusammenhalt gut und deshalb komme die Stadt besser durch die Krise als andere. Solidari-

tät, solides Haushalten und Zukunftsinvestitionen machte der Bürgermeister dafür verantwortlich. Zusammengefasst sei das der Werther-Plan, den er im vergangenen Jahr erstmals vorgestellt habe und der weiter gelte.

Vorsichtig kalkuliert

Die Einnahmen könnten trotz Krise steigen

490

Tausend Euro Mehreinnahmen soll es bei der Einkommens- und Umsatzsteuer geben.

800

Tausend Euro mehr Gewerbesteuer könnte die Stadt Werther in 2023 einnehmen.

QUELLE: STADT WERTHER

Der Werther-Plan

Dieser Plan formuliert Oberziele wie „Kein Kind zurücklassen“, „Moderne Verwaltung“ oder „Wohnen und Arbeiten in der Zukunft“, aus denen sich konkretes Verwaltungshandeln ableiten soll. „Wir haben regelmäßige Klauertagungen in der Verwaltungsspitze und fragen uns dabei auch, wo wir mit Blick auf die einzelnen Punkte des Planes stehen“, beschrieb Veith Lemmen das Vorgehen bei dieser Form des Projektmanagements.

Eine Ausnahmesituation

„Die aktuellen Krisen werden irgendwann vorüber sein und dann wird augenblicklich der Blick aller Akteure auf alle anderen Aufgaben fallen, die die Verwaltung zu erledigen hat“, stellte der Bürgermeister klar. Deshalb müssten alle diese Aktivitäten auch angesichts der

Ausnahmesituation weiter vorangetrieben werden. Der Werther-Plan müsse nicht sklavisch eingehalten werden, er sei aber die Grundlage für eine mittel- und langfristige Entwicklung der Stadt Werther.

Baugebiet Blotenberg

Für diese Entwicklung will die Stadt Werther 2023 rund vier Millionen Euro ausgeben. Eine Million entfällt auf den Straßenbau im Baugebiet Blotenberg, 920.000 Euro fließen in das Feuerwehrgerätehaus Werther und für 420.000 Euro sollen Buswartehallen angeschafft werden. Für Straßenbau, Breitbandversorgung, ein neues Feuerwehrfahrzeug und das Flutlicht am Sportplatz Meyerfeld wird der Rest der Summe unter anderem ausgegeben.

Die Steuereinnahmen

Zur Finanzierung ihrer Investitionen und sonstigen Kosten in Höhe von rund 20 Millionen Euro rechnet die Stadt mit 7,8 Millionen Euro Einkommens- und Umsatzsteuer, mit sieben Millionen Euro Gewerbesteuer und mit 1,2 Millionen Euro aus der Grundsteuer A und B. Der Familienlastenausgleich soll 690.000 und die Konzessionsabgaben für Gas und Strom sollen 320.000 Euro erbringen. Das sind in Summe 77 Prozent der städtischen Einnahmen. Bei der Einkommens- und Umsatzsteuer rechnet die Stadt mit einem Zuwachs von 490.000 und bei der Gewerbesteuer in Höhe von 800.000 Euro.

Konjunktur abwarten

Der Abschluss des laufenden Jahres steht noch aus, aber derzeit liegt die Stadt Werther bei den großen Steuereinnahmen deutlich über dem Planansatz des Haushalts 2022. Deshalb seien die eingeplanten Zuwächse auch vorsichtig kalkuliert, so Rainer Demoliner. Wie sich allerdings die Konjunktur in 2023 entwickle und ob eine Rezession womöglich bei den Gewerbesteuereinnahmen Mindereinnahmen verursachen werde, könne derzeit niemand mit Sicherheit voraussagen. Ungewiss sei auch die Höhe der bevorstehenden Tarifabschlüsse, die die Stadt mit ihren rund 90 Beschäftigten finanzieren müsse.

Alle anderen Fraktionen empört über WDGA-Vorstoß

Ausnahmsweise waren sich fünf der sechs Parteien im Haupt- und Finanzausschuss einmal einig: Jürgen Schäfer von „Werther – das geht anders“ sei mit seinen Vorwürfen weit übers Ziel hinausgeschossen.

Silke Derkum-Homburg

■ **Werther.** „Das ist ganz schlechter Stil. Uns mit dieser Vorlage derart vorzuführen, ist nicht der Umgang, den wir im Rat miteinander pflegen“, sagte Birgit Ernst (CDU) und erhielt zustimmendes Kopfnicken aus fast allen Fraktionen, die am Mittwochabend im Haupt- und Finanzausschuss vertreten waren. Einzige Jürgen Schäfer von der Wählergemeinschaft „Werther – das geht anders!“ (WDGA) zeigte keine Reaktion, sondern nahm die Kritik, die auf ihn niedergeprasselt war, äußerlich gelassen entgegen. Er hatte zuvor mit einer ausführlichen Rede seinerseits Kritik geübt und einige Vorwürfe gegen die Stadt und den Rat erhoben. Es ging, nicht zum ersten Mal, um die geplante Erhöhung der kommunalen Gebühren.

Reden werden in den politischen Sitzungen eigentlich nur im Stadtrat zur Verabschiedung des Haushalts gehalten.

Deshalb war es relativ unüblich, dass Schäfer am Mittwochabend zwei DIN-A4-Blätter aus der Tasche zog und die lange Rede, die er vorbereitet hatte, vortrug. Kaum hatte er geendet, machte sich eine Menge Wut und Empörung bei den übrigen Ausschussmitgliedern breit.

Müll-, Wasser- und Abwassergebühren sollen, wie berichtet, kräftig steigen: Wasser um 14, Müll um rund 15 und Abwasser um 33 Prozent. Vor der abschließenden Abstimmung im Rat hatten die Ausschüsse zähneknirschend, aber doch recht geschlossen den entsprechenden Verwaltungsvorschlägen zugestimmt. Auch WDGA hatte die Beschlussvorlagen nicht abgelehnt.



Jürgen Schäfer

Nun aber verwies Jürgen Schäfer auf die besonderen Sorgen von Alleinerziehenden, Rentnern und auch durchschnittlichen vierköpfigen Familien, die ohnehin durch aktuelle Krisen und Entwicklungen belastet seien, und nun auch noch von städtischer Seite über die Gebühren in die Pflicht genommen würden. „Sorgen, Angst, Verzweiflung und Wut“ machten sich bei den Menschen breit, mit denen Schäfer im Austausch stehe.

Während auf Bundes- und Landesebene Rettungs- und Maßnahmenpakete diskutiert oder gefordert würden, sollen „hier am Ort im Windschatten übergeordneter Krisen alle Gebührenerhöhungen still und heimlich und möglichst ohne Diskussionen durchgewunken werden?“, fragte Schäfer.

Und er zog Vergleiche mit Versmold, Halle und Bielefeld, die Gebühren senkten. „All diese Kommunen haben das OVG-Urteil zu den Gebührenkalkulationen angenommen

und Kostensenkungen an die Bürger weitergegeben“, sagte er und holte dann gegen Bürgermeister Veith Lemmen (SPD) aus. „Unser Bürgermeister will jedoch einen anderen Weg gehen und im Vorgriff auf das noch nicht verabschiedete Kommunalabgabengesetz NRW die Abschreibungsregeln für Investitionen im Wasser- und Abwasserwerk zum Nachteil der Bürger ändern.“

Wie es anders gehen sollte, schlug Schäfer ebenfalls vor: die Grundsteuer B auf dem Stand von 2022 zu belassen; mit den Müllentsorgern nachzuverhandeln und die Verträge grundsätzlich zu prüfen; auf die Verzinsung des städtischen Eigenkapitals bei den

Eigenbetrieben für 2023 und 2024 zu verzichten, ebenso wie auf die Erhöhung der Zählergebühren – und vor allem: die neuen Abschreibungsregelungen nicht anzuwenden.

„Alles was vorgebracht wurde, ist eine Anleihe auf zukünftige Generationen. Das geht in die verkehrte Richtung. Natürlich wäre es schön, wenn wir den Stand alle halten könnten, aber wie?“, sagte Georg Hartl von der SPD.

„Wir lügen uns in die Tasche, wenn wir Geld ausgeben, das wir nicht haben. Wir sollten den Haushalt nicht noch unausgeglichener machen, als er schon ist. Wir haben die Gebühren nicht aus Spaß an der Freude erhöht“, sagte Jan-Holm Sussieck von den Freien.

Und Thorsten Schmolke von den Grünen fand es „populistisch, das so darzustellen. Wir können froh sein, dass wir in den Verbänden sind. Wir hätten doch gar nicht die Leute zur Entsorgung, zum Bei-

spiel beim Klärschlamm. Wichtig ist, dass wir unser Defizit nicht größer machen.“

Es sei nicht das erste Mal, dass WDGA so übers Ziel hinaus schieße, sagte CDU-Chef Ralf Eckelmann. Und Uwe Gehring, UWG, meinte: „Wir dachten, Sie wollten einen Antrag stellen, dabei wollten Sie einfach Ihre Sachen hier mal los werden.“

Birgit Ernst (CDU) erinnerte daran, dass bereits alles beschlossen sei. „Jetzt so zu tun, als könnten wir das wieder rückgängig machen, ist schlechter Stil“, sagte sie und erinnerte Schäfer daran, dass WDGA sich bei den Abstimmungen enthalten habe.

Das letzte Wort hatte Bürgermeister Veith Lemmen, der darauf verwies, dass die Vergleiche mit den genannten Kommunen hinkten und wenig Sinn ergäben. „Und die Lösung der Probleme auf die Zukunft zu verschieben und keine Investitionen zu tätigen, halte ich für fahrlässig.“